

gen, Gewinnung neuer Arbeitskräfte für die Betriebe, Arbeit im NAW, Fragen der Volksbildung und Kultur.“

Es gibt in der Stadt Schwerin 9 Stützpunkte mit 57 Wohnparteiorganisationen. Hier war bisher die Rede von der WPO 19, in der die im Wohnbereich vorhandenen Genossen dem Programm der Partei und dem Beschluß des Politbüros vom 6. August 1963 entsprechend arbeiten. Das ist jedoch noch nicht in allen anderen Wohnparteiorganisationen so. In unserer Stadt halten wir gegenwärtig 36 Wohnparteiorganisationen noch nicht für richtig arbeitsfähig. Nicht überall geht die Entsendung von Genossen aus den Betriebsparteiorganisationen in die Leitungen der WPO glatt. Aber das ist vor allem notwendig, weil viele der Sekretäre und Leitungsmitglieder der WPO infolge hohen Alters und oft bedenklichen Gesundheitszustandes mit den gewachsenen Anforderungen nur schwer fertig werden. Darum ist die Ideologische Kommission in Zusammenarbeit mit dem Büro für Industrie und Bauwesen dabei, die Leitungen dieser 36 Wohnparteiorganisationen durch die Delegierung von Genossen vor allem aus den Betriebsparteiorganisationen zu stärken.

Volle Klarheit über Politbürobeschuß notwendig

Vorbildlich unterstützt uns bei diesem Vorhaben die Grundorganisation des VEB Nahverkehr. Sie erteilte jedem Genossen den Auftrag, im Wohngebiet mitzuarbeiten, und kontrolliert seine Erfüllung.

Die Parteileitung weiß beispielsweise ganz genau, daß die Initiative des Genossen Teske — der Busfahrer ist — viel dazu beigetragen hat, die NAW-Verpflichtungen seines Wohnbezirks zu erfüllen. Der Betriebsleiter, Genosse Witt, zugleich Vorsitzender eines Wohnbezirksausschusses der Nationalen Front, gibt die größte Unterstützung, weil er aus seiner eigenen Tätigkeit weiß, wie wichtig die Mitarbeit der Genossen aus den Betrieben ist.

Aber nicht jede Betriebsparteiorganisation unserer Stadt arbeitet so wie die vom Nahverkehrsbetrieb. Alle Parteisekretäre erklären wohl ihr Einverständ-

nis mit dem Beschluß des Politbüros, aber wenn Genossen in Wohnparteiorganisationen delegiert werden sollen, gehen einige Sekretäre in Abwehrstellung. So zum Beispiel sollte der Genosse Resseke von der Parteiorganisation beim Rat des Bezirks in die WPO seines Wohnbezirks delegiert werden. Der Parteisekretär versuchte zu beweisen, daß Genosse Resseke beruflich und gesellschaftlich überlastet sei und deshalb in der WPO keine Funktion übernehmen könne. Der bei diesem Gespräch anwesende Genosse Resseke selbst überzeugte den Parteisekretär, daß er in der Lage ist, die für ihn vorgesehene Aufgabe zu erfüllen.

War das nicht eine Lektion für diesen Parteisekretär? Und zeigt das nicht, daß die Bedeutung des Beschlusses über die Entwicklung der politischen Arbeit in den städtischen Wohngebieten einigen Sekretären und Leitungen von Betriebsparteiorganisationen noch nicht richtig klar ist?

Manche Leitungen haben zwar Genossen beauftragt, im Wohngebiet mitzuarbeiten — aber nur bis zur Volkswahl. Darin eben zeigt sich, daß die betreffenden Genossen und Leitungen den Beschluß vom 6. August als eine Kampagneangelegenheit betrachten. Für sie empfiehlt es sich, den Beschluß doch noch einmal vorzunehmen, ihn gründlich zu studieren*) und im Zusammenhang mit der Auswertung des 4. Plenums des ZK rasch Schlüsse für ihre künftige politische Arbeit im Betrieb und nach außerhalb zu ziehen. Aus dem ungenügenden Durcharbeiten der Beschlüsse in manchen Parteiorganisationen ergibt sich dann auch eine solche falsche Auffassung, die Stützpunkte in den Wohngebieten würden die politische Arbeit der Wohnparteiorganisationen überflüssig machen.

Deshalb betrachten es die Ideologische Kommission und das Büro für Industrie und Bauwesen als dringende Aufgabe, den Politbürobeschuß im Zusammenhang mit der Auswertung des 4. Plenums des ZK nochmals eingehend zu erläutern und klarzumachen, daß seine Durchführung der Verwirklichung des Programms der Partei und der Förderung echter

*) Siehe „Neuer Weg“ Nr. 16/1963.